



An den  
Kreispräsidenten Heinz Maurus  
im Hause  
25813 Husum

Husum, 8. Februar 2017

## **Antrag zum TOP 14 für die Kreistagssitzung am 09.02.2018**

Sehr geehrter Herr Kreispräsident,

für die Kreistagssitzung am 09.02.2018 beantragen die sieben Kreistagsfraktionen über folgenden Tagesordnungspunkt zu beraten und zu beschließen:

**„Beratung und Beschlussfassung über eine Resolution an die Landesregierung zum Landesentwicklungsplan 2010 und dem zukünftigen Umgang mit den Wohnungsbaukontingenten bis 2025.“**

### **Der Kreistag möge beschließen:**

Der Landesentwicklungsplan 2010 mit seinen starren Kontingenten für den wohnbaulichen Entwicklungsrahmen stellt zunehmend viele unserer nordfriesischen Kommunen vor unlösbare Probleme. Zum 31.12.2016 haben bereits 31 unserer Gemeinden ihre Ausbaukontingente bis 2025 voll ausgeschöpft. Im Jahr 2017 hat sich diese Situation nochmals verschärft. Der wohnbauliche Entwicklungsrahmen beinhaltet keine geeigneten Möglichkeiten, auf den seit 2010 deutlich veränderten Bedarf angemessen reagieren zu können. Waren in der Vergangenheit hauptsächlich Bebauungen mit Einfamilienhäusern im ländlichen Raum zu erkennen, so verändert sich dieses Bild zusehens.

Der Wunsch nach altersgerechten kleinen Wohneinheiten, bezahlbarem Wohnraum für junge Menschen, Singlehaushalte und die Wohnungssuche von Einwanderern sind auch in unseren ländlichen Gebieten angekommen. Durch veränderten Bedarf und den anhaltenden Bauboom, ist es in vielen Ortslagen zu dem Ergebnis gekommen, dass ältere Gebäude zurückgebaut wurden und unter bestmöglicher Ausnutzung der Fläche möglichst viele neue Wohneinheiten errichtet wurden, um so trotz rasant steigender Baukosten bezahlbare kleine Einheiten errichten zu können.

Gleichsam wurden dadurch die Kontingente für die gemeindlich bevorzugte Bebauung mit freistehenden Einfamilienhäusern verbraucht. Bei der Berechnung des Kontingents wird im Landesentwicklungsplan kein Unterschied zwischen Lückenbebauung oder Neuausweisung gemacht. Zudem wird die bebaute Fläche als Kriterium herangezogen.

Vielerorts ist es den Gemeinden heute nicht mehr möglich, jungen Familien, welche nach dem Studium und der Familiengründung wieder zurück in ihre Heimat ziehen möchten, Bauplätze für ihr Eigenheim durch Ausweisung von Baugebieten anzubieten.

Aus Sicht des nordfriesischen Kreistages besteht hier ein dringender Handlungsbedarf. Der Kreistag begrüßt das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel: „Wohnraum muss dort entstehen können, wo hierfür Bedarf besteht“.

Des Weiteren steht im Koalitionsvertrag die konkrete Absicht beschrieben, die im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Grenzen der wohnbaulichen Entwicklung in Regionen mit erhöhter Nachfrage an die realen Erfordernisse anzupassen.

Wir appellieren an die Landesregierung, ihre Zusage zügig und unbürokratisch umzusetzen.

Aus Sicht des Kreistages könnte ein schneller vorübergehender Lösungsansatz darin liegen, rückwirkend die Wohneinheiten, welche innerhalb der Ortslagen durch Rückbau oder Lückenschluss geschaffen wurden, nur hälftig dem Kontingent anzurechnen.

Bis zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes wäre ausreichend Zeit zu prüfen, ob Vorgaben, die sich nicht an den Wohneinheiten, sondern am Flächenverbrauch orientieren, denkbar wären.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

#### **Für die Fraktionen**

M. Uekermann CDU	T. Nissen SPD	U. Schwalm Bündnis 90 / Die Grünen	J. Jungclaus WG-NF	U. Stellfeld- Petersen SSW	M. Thomas Die Linke	J. Tessin FDP
---------------------	------------------	--	-----------------------	----------------------------------	------------------------	------------------